

brauchen wir Gewaltlosigkeit im eigenen Lande und Frieden mit unseren Nachbarn.

Notwendig ist eine umfassende Wirtschaftsreform:

1. Herstellung des unmittelbaren gesellschaftlichen Eigentums an den in Artikel 12 der Verfassung der DDR aufgeführten Produktionsmitteln, bei Sicherung der Erwirtschaftung und Verteilung des Gewinns in eigener Zuständigkeit der Kombinate und Betriebe.
2. Förderung weiterer Formen des gemeinschaftlichen Eigentums.
3. Unterstützung von Privatinitiativen zur Gründung kleiner und mittlerer Betriebe des Handwerks, des Handels, des Dienstleistungsgewerbes und der materiellen Warenproduktion.
4. Erneuerung der materiell-technischen Basis durch moderne Techniken und Technologien bei Verbesserung der ökologischen Gesamtsituation.
5. Gleichberechtigte internationale Wirtschaftskooperation bei Herausbildung einer effektiven Wirtschaftsstruktur im Inland.
6. Marktwirtschaft bei gesellschaftlicher Rahmenplanung zur Sicherung der Bedürfnisse der Menschen.
7. Materielle Sicherung des gesellschaftlichen Lebens ausschließlich durch Besteuerung.

Wir wollen:

- eine marxistische Partei, deren Mitglieder bereit sind, aktiv die Ziele dieser Partei zu vertreten und die Interessen der Werktätigen mitzutragen;
- einen Staat schaffen, der die Verwaltung von Menschen durch eine Verwaltung von Sachen im Dienste der Menschen ersetzt;
- eine Gesellschaft anstreben, die die Freiheit jedes einzelnen Menschen verwirklicht und damit die Freiheit aller garantiert;
- alle Strukturen, die der Unterdrückung des Volkes dienlich sind, beseitigen und ihre Wiederherstellung verhindern;
- die direkte Einflußnahme der Werktätigen auf Politik und Wirtschaft durchsetzen;
- an einer gemeinsamen Plattform aller demokratischen linken Kräfte mitwirken und auf der Basis gemeinsamer Interessen mit allen demokratischen Organisationen und Parteien zusammenarbeiten;
- gegen jede Form eines gewaltorientierten Nationalismus, gegen faschistische Ideologien, gegen Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit auftreten;
- für Gedanken-, Meinungs- und Religionsfreiheit eintreten;
- eine Entmilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens;
- die Gleichberechtigung sozialer Minderheiten und aller an den Rand gedrängten Gruppen sowie ihre Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben;
- die altersgerechte Einbeziehung aller Jugendlichen in staatliche und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse sowie Befähigung zur sachkundigen Mitwirkung;
- das direkte Mitspracherecht Jugendlicher auf betrieblicher und kommunaler Ebene;
- ein lebens- und berufsorientiertes Bildungswesen sowohl auf humanisti-